

Die Unternehmensteuerreform 2008 – die Unternehmen zahlen wieder weniger Steuern

1. Warum sollen die Unternehmenssteuern gesenkt werden?

Die Steuerregelungen des Jahres 2001, wonach die grossen Kapitalgesellschaften enorme Steuergeschenke erhalten hatten, sind aufgebraucht. Dass die Wirtschaft per Saldo im Jahr 2001 nicht nur keine Körperschaftsteuer gezahlt, sondern 400 Mill. € vom Finanzminister geschenkt bekommen hat, ist Geschichte. Die Unternehmenssteuern sind nun wieder gestiegen:

- Angaben in Mrd. € -

	Körperschafts- steuer	Gewerbe- steuer	Summe
1997	17	25	42
1998	19	26	44
1999	22	27	49
2000	24	27	51
2001	-0	25	24
2002	3	23	26
2003	8	24	32
2004	13	28	42
2005	16	32	48
2006	23	38	61

Es ist also wieder notwendig, die Regierung zur Steuersenkung zu veranlassen. Die Gewinne der Unternehmen sind explodiert. Nur ein paar Beispiele: Die Deutsche Bahn verdoppelte 2006 ihren Gewinn gegenüber dem Vorjahr auf 2,5 Mrd. €, die Deutsche Bank hatte 2006 einen Gewinnzuwachs von 70% auf 5,99 Mrd. €. Diese Gewinne werden dringend benötigt um z.B. andere Unternehmen zu kaufen: der Stromkonzern Eon muss 42,3 Mrd. € aufbringen um den spanischen Konzern Endesa zu kaufen, der Sportwagenhersteller Porsche AG will 35 Mrd. € mobilisieren um die Aktienmehrheit am VW-Konzern zu bekommen. Unternehmenskäufe und Erhöhung der Beteiligung sind heute die Investitionen der Globalplayer. Bei solchen Ambitionen ist jeder Steuer-€ verschenktes Kapital. Also eine neue Steuerreform!

2. In Deutschland sind die Unternehmenssteuern zu hoch - Eine fadenscheinige Begründung für die Senkung von Körperschafts- und Gewerbesteuer

Der nominale Steuersatz von Körperschafts- und Gewerbesteuer ist in Deutschland gemessen an anderen Ländern tatsächlich hoch.

- Angaben in % -

	%
Japan	40,87
USA	39,88
Deutschland	38,65
Deutschland 2008	29,83
Italien	37,25
Malta	35
Spanien	35
Frankreich	34,43
Kanada	34,12
Belgien	33,99
Grossbritannien	30
Luxemburg	29,63
Niederlande	29,6
Griechenland	29
Dänemark	28
Schweden	28
Norwegen	28
Portugal	27,5
Finnland	26
Österreich	25
Slowenien	25
Tschechien	24
Schweiz	21,3
Ungarn	20,52
Litauen	19
Polen	19
Slowakei	19
Lettland	15
Irland	12,5
Zypern	10
Estland	0

Quelle: Bundesfinanzministerium, Monatsbericht des BMF, Januar 2007 Seite 61

Für die deutschen Kapitalgesellschaften ist allerdings die reale Steuerzahlung weit entfernt von dem Steuertarif, der für die Körperschaftsteuer inkl. Solidaritätszuschlag 26,38 % und für die Gewerbesteuer 16,67%, insgesamt also 38,65% beträgt.

Über den tatsächlich gezahlten Steuersatz findet sich im o.a. Monatbericht des Bundesfinanzministeriums nur eine umfangreiche Begründung, dass die Angabe nicht möglich sei. Der tatsächliche Steuersatz lässt sich aus den Angaben des Statistischen Jahrbuchs 2006 anhand der gezahlte Körperschafts- und Gewerbesteuer sowie der Gewinne der Kapitalgesellschaften errechnen. Letztere sind allerdings nur bis zum Jahr 2005 angegeben. Für 2006 kann jedoch eine Schätzung anhand der Kennzahl „Unternehmens- und Vermögenseinkommen“ vorgenommen werden.

		1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Gewinn	Mrd. €	300	288	305	321	329	327	369	407	436
Körp+GewSt	Mrd. €	44	49	51	24	26	32	42	48	61
Tatsächlicher Steuersatz	%	14,78	17,13	16,61	7,51	8,01	9,92	11,25	11,90	13,95

Die vorstehende Tabelle beweist, dass der nominale Steuersatz von 38,65 % ein theoretischer Wert der Steuergesetze ist. Tatsächlich werden Steuern weit darunter gezahlt. Die Kapitalgesellschaften hatten 2006 – also in einem Jahr mit den bisher höchsten Gewinnen – mit einem Steuersatz von nur 13,96% einen geringeren Steuersatz als vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer mit nicht sittenwidrigem Lohn – deren Steuersatz beginnt bei 15%

3. Warum wird die Senkung der Unternehmenssteuern durchgeführt?

Mit der Erweiterung der EU haben die Beitrittsländer Anreize für Unternehmen durch niedrige Steuersätze geben wollen. Litauen, Polen, Lettland Zypern, haben Sätze von 19 bis 10%, Estland gewährt den Unternehmen sogar Steuerfreiheit. Nun will Deutschland mitsprechen und andere Länder folgen:

Die Körperschaftssteuersätze in % sollen sinken:

2006	Von	Auf
Belgien	34	33
Griechenlands	32	29
Niederlande	31,5	29,6
Tschechien	26	24
Bis 2008		
Deutschland	25	15
Niederlande	29,6	25,5
Spanien	35	30

Erfreulicherweise soll es in der EU allerdings kein Steuerdumping geben, wie die Bundesregierung vor Jahren in der Drucksache 14/1381 v.5.7.1999 vom feststellt, denn „Die Stabilisierung der Steuereinnahmen der Mitgliedstaaten durch die Beseitigung unfairer Wirtschaftspraktiken bei der Unternehmensbesteuerung ist das erklärte Ziel des Verhaltenskodex. Dieser verpflichtet die Mitgliedstaaten, bestehende Massnahmen im Sinn eines Steuerdumpings abzuschaffen ...“. Aber vielleicht gilt dieser zitierte Verhaltenskodex nicht mehr.

4. Was kostet uns die Steuerreform?

Der Finanzminister hat folgende Steuerschätzung vorgelegt:

- Angaben in Mrd. € -

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
GewSt	38,4	37,4	36,7	40,2	43,9	46,9	49,7
KörpSt	22,9	20,9	15,9	17,9	20,9	23,6	25,2
ges	61,3	58,3	52,6	58,1	64,8	70,5	74,9

Der Finanzminister schreibt, dass die Kapitalgesellschaften im Jahr 2008 8,7 Mrd. € weniger Steuern zahlen werden, als 2006. Diese 8,7 Mrd. € als den Steuerausfall zu bezeichnen, ist allerdings Demagogie. Bei der zu erwartenden Fortsetzung der Konjunktur kann von einer weiteren Steigerung der Gewinne und somit der Steuern ausgegangen werden. Ohne Steuerreform wären im Jahr 2008 (bei vorsichtiger Extrapolation der Entwicklung von 2004 bis 2006) Steuern in Höhe von 70 Mrd. € von den Kapitalgesellschaften zu entrichten, der Steuerausfall läge dann mit ca. 17 Mrd. € doppelt so hoch, wie der Finanzminister angibt. Die Steuerausfälle sieht die Regierung offensichtlich nicht als Problem: Nach dem neoliberalen Konzept sollen die Kapitalgesellschaften weniger Steuern zahlen, damit der Wirtschaftsstandort Deutschland erhalten bleibe und so sei es normal, dass der Staat immer weniger Geld für Forschung, Bildung, Kinderbetreuung oder Gesundheit ausgeben könne. Die Bürger sollen mehr „Eigenverantwortung“ übernehmen, d.h. mehr Geld aus ihrer Tasche für die Daseinsvorsorge aufbringen. Natürlich hat die Regierung mit Mehrwertsteuerhöhung, Gesundheitsreform, Nullrunden bei Renten ... vorgesorgt, dass trotz Unternehmensteuerreform das Loch im Staatshaushalt nicht zu gross wird..

Quellen

- Bundesfinanzministerium, Monatsbericht des BMF, Januar 2007 Seite 55 ff, download 18.3.07
- Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 2006 Seite 654, download 16.12.06
- Statistische Bundesamt, wichtige gesamtwirtschaftliche Grössen www.destatis.de/daten1/stba/html/basis/d/vgr/vgrtab1.php Stand 22.2.07,download 28.2.07
- Bundesfinanzministerium, Unternehmensteuerreform – häufige Fragen und Antworten (Teil II)7.3.07 , download 18.8.07